

Wasser - Quelle des Lebens oder Geldquelle?

Von Ulrike von Wiesenau

Vortrag anlässlich der Politischen Vesper in der Französischen
Friedrichstadtkirche zu Berlin, 7. April 2013

Wasser ist ein Allgemeingut. Das schien uns bis vor Kurzem, zumindest in unseren Breiten, so gesichert, über jeden Zweifel erhaben. Und plötzlich steht im Raum: Der Zugang zu Wasser soll kein Menschenrecht mehr sein, das lebenswichtige Gut Wasser soll ein Konsumgut wie jedes andere werden. Um nichts weniger als diese fundamentale Weichenstellung geht es bei der von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen Konzessions-Richtlinie.

Die EU-Kommission will mit der Pflicht zur EU-weiten Ausschreibung von Konzessionen ihren neoliberalen Kurs in der Wasserversorgung durchsetzen. Von den neuen Regeln aus Brüssel sollen nur diejenigen Kommunen ausgenommen werden, die ihre Wasserversorgung noch komplett in öffentlicher Hand haben. In der Vergangenheit hat aber gerade die EU-Kommission die Städte und Kommunen aufgefordert, Private an der Wasserversorgung zu beteiligen. Dem sind viele Städte, auch in Deutschland, aufgrund finanzieller Engpässe gefolgt. Mittels politisch erzeugter Finanznot und "Schuldenbremse" wurden die Kommunen zum Anteils-Verkauf öffentlicher Unternehmen bzw. zu Verträgen nach dem Geschäftsmodell "Öffentlich-Privater Partnerschaften" (Public-Private-Partnership) gezwungen.

Genau das kann diesen Kommunen nun zum Verhängnis werden. Fatal an der vom Binnenmarktausschuss vorgelegten Version des Richtlinienentwurfs ist: Da in Deutschland inzwischen die Mehrheit der etwa 900 Stadtwerke private Partner haben, stehen diese Stadtwerke unter dem Damoklesschwert der Vollprivatisierung. Denn am Ende der Laufzeit der aktuell vergebenen Konzession hätten sie aufgrund der neuen EU-Richtlinie nicht mehr das Anrecht auf eine automatische Verlängerung, die Konzession müsste dann vielmehr in Gänze EU-weit neu ausgeschrieben werden. Das heißt - da es keine geteilten Konzessionen gibt - nicht nur die 24,9% oder 49,9%, mit denen die privaten Unternehmen bisher an den Stadtwerken beteiligt waren, müssten neu ausgeschrieben werden, sondern die Konzession käme als Ganzes auf den Markt.

Auch wenn EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier unter dem unerwartet massiven Druck der laufenden Europäischen Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« Nachbesserungen angekündigt hat, ist Entwarnung nicht ange-

sagt. Denn auch die nachgebesserte Konzessionsrichtlinie greift erheblich in die kommunalen Strukturen der Wasserwirtschaft in Deutschland ein, ersetzt kommunalpolitische Gestaltungsfreiheit durch europaweit verbindliche Richtlinien aus Brüssel.

Für private Investoren ist Wasser ein Wirtschaftsgut wie jedes andere, und ein besonders gewinnträchtiges dazu. Auf eine dreistellige Milliardenhöhe schätzen Analysten das Potential des Wassermarktes in der EU. Internationale Großkonzerne wie Suez oder Veolia unternehmen immer wieder neue Anläufe, um über die EU Zugang zu diesem lukrativen Markt zu bekommen.

Die Versprechungen, die mit den Wasserprivatisierungen einhergehen, sind exorbitant: Besserer Service, sinkende Preise und Investitionen ins Wassernetz werden in Aussicht gestellt. Doch die Realität spricht eine andere Sprache. Die Erfahrungen mit der Berliner Teilprivatisierung, der grössten innerhalb der EU, wie auch die übrigen Erfahrungen im In- und Ausland zeigen, dass die so genannte Öffentlich-Private Partnerschaft (PPP) in Wirklichkeit nur der garantierten Rendite der Privaten dient, die öffentliche Hand aber das Nachsehen hat.

Klar ist: Investitionen in Erhalt und Ausbau der Infrastruktur passen nicht zu schnellem Gewinn. Welche Folgen die Wasser-Privatisierungen nach sich ziehen, zeigen die Beispiele in England und Portugal: in London sind Verunreinigungen im Trinkwasser durch Leckagen, die Dauer-Zugabe von Chlor und immer mehr Rohrbrüche die Folge. Über 20 Prozent des Wassers versickern im Boden, in den oberen Stockwerken von Mietshäusern bleibt die Versorgung oft gänzlich aus, da kaputte Leitungen und Lufteinschübe die Zufuhr stoppen. Gleichzeitig steigen die Wasserpreise. Die Portugiesen zahlen mittlerweile einen 400 Prozent höheren Preis als noch vor wenigen Jahren, das Leitungswasser ist in weiten Teilen des Landes nicht mehr trinkbar. Wären die Kommunen finanziell souverän genug gewesen, gemeinwohlorientierte Privatisierungsverträge zu fordern, wäre es nicht zum Abschluss dieser Verträge gekommen: für die privaten Konzerne wäre die zu erwirtschaftende Rendite zu gering gewesen.

In Berlin hatte im Jahre 1999 eine Große Koalition aus CDU/SPD zum Zweck der öffentlichen Schuldentilgung und einer angeblich besseren Bewirtschaftung 49,9% der Berliner Wasserbetriebe für 1,68 Milliarden Euro über eine Holding AG an die Konzerne RWE und Veolia verkauft. Es war die grösste Teilprivatisierung eines kommunalen Wasserbetriebes innerhalb der EU. Die Verträge dieser "Öffentlich-Privaten Partnerschaft" (PPP) waren geheim und wurden erst unter dem Eindruck des erfolgreichen Wasser-Volksbegehrens im November 2010 vom Senat veröffentlicht.

In Berlin sind nach 13 Jahren "Öffentlich-Privater Partnerschaft" (PPP) die Wasserpreise um 35% gestiegen, die Berliner zahlen im deutschen Städtevergleich die höchsten Wasserpreise, das Bundeskartellamt hat am 5. Juni 2012

eine Preissenkungsverfügung gegen die Berliner Wasserbetriebe (BWB) wegen "missbräuchlich überhöhter Trinkwasserpreise" erlassen. Drei Wasserwerke wurden geschlossen, ökologisch wichtige Wasserschutzgebiete wurden in lukratives Bauland verwandelt und der Personalbestand der Berliner Wasserbetriebe wurde massiv abgebaut. Verwertungsrechte auf Patente wurden privatisiert. Aufgaben der Nachhaltigkeit wie Netzrehabilitation, Energieeffizienz und Reinigungsqualität werden nur unzureichend angegangen. Die Investitionen bleiben hinter dem zurück, was von den Wasserkunden dafür bezahlt wird. Erhaltungsaufwendungen werden als "Investition" abgerechnet, darunter leidet die Substanz des Rohrleitungsnetzes. Auch nach dem überkauften Rückkauf der Anteile von RWE gilt weiterhin die im ehemals geheimen Vertrag festgeschriebene Gewinngarantie, d.h. die Gewinne sind zu Gunsten der Privaten ungleich verteilt, das Land Berlin haftet für die Gewinne des privaten "Partners" Veolia. Das Land hat weiterhin nichts zu sagen, ist seiner Entscheidungsbefugnisse beraubt, denn die betriebliche Führung liegt, obwohl das Land nun mit 75% der Anteile Mehrheitseigner ist, beim privaten Minderheitseigner Veolia. Es ist offensichtlich, dass ein unauflösbarer Widerspruch besteht zwischen dem Streben eines Großunternehmens nach betriebswirtschaftlicher Rentabilität und einer am Gemeinwohl orientierten, demokratischen Wasserversorgung.

Nachdem im Sonderausschuss "Wasserverträge" des Berliner Abgeordnetenhaus eine Analyse der rechtswidrigen Verträge durch die SPD-CDU Koalition, die naturgemäß kein Interesse daran hatte, die Verstöße ihrer damaligen Koalition aufzudecken, verhindert wurde, versucht der Wassertisch auch auf juristischer Ebene gegen die Verträge vorzugehen. Die Rückabwicklung der rechtswidrigen Verträge bleibt eine zentrale Forderung der Bürgerinitiative. Die vom Wassertisch-Untersuchungsausschuss "Klaerwerk" geforderte Normenkontrollklage gegen das »BetriebeGesetz« wurde von Piraten und Grünen bereits eingereicht, ein weiterer möglicher juristischer Angriffspunkt ist eine Organklage beim Landesverfassungsgericht gegen die Wasserverträge, die von einer Fraktion des Abgeordnetenhaus geführt werden könnte.

Zu einer vollständigen Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe hat der Berliner Wassertisch nach dem Ausscheiden von RWE nun seine neue Kampagne "Berlin sagt: Veolia adieu" vorgestellt, denn auch der französische Konzern Veolia muss Berlin verlassen um die Wasserbetriebe wieder komplett in die öffentliche Hand zurückzuführen.

Die Ausgangskonstellation ist nicht identisch, doch wie es anders gehen könnte zeigt das Beispiel von Paris. Am 1. Januar 2010 entzog die französische Hauptstadt nach 25 Jahren privater Wasserwirtschaft den Konzernen Veolia und Suez die Konzession, die Wasserversorgung kam in städtischen Besitz zurück. Mit "Eau de Paris" wurde ein Unternehmen in öffentlicher Hand gegründet. Ein partizipatives Kontrollgremium, »l'observatoire parisien de l'eau«, sichert nun die demokratische Kontrolle. In ihm sind Vereine des Verbraucher- und Umweltschutzes wie auch Wissenschaftler vertreten. In diesem Kreis werden die

Zukunftsentscheidungen für das Pariser Wasser getroffen. In Paris konnten die Trinkwasserpreise nach der Rekommunalisierung um acht Prozent gesenkt werden, es ist wieder möglich, langfristig zu planen, die Gewinne können nun in die Infrastruktur der Wasserversorgung fließen, statt in die Hände der Aktionäre. Wasserbetriebe in öffentlicher Hand mit einem partizipativen Kontroll-Gremium sind ein Zukunftsmodell, auch für Berlin.

Der Zwang zur Privatisierung der Daseinsvorsorge in Europa als Konsequenz neoliberaler Konzepte, die in Zeiten der Krise als Allheilmittel gepriesen werden, gefährdet eine über Jahrzehnte steuerfinanziert aufgebaute Infrastruktur höchster Güte. Die Konzerne versuchen nun das, was auf nationaler Ebene nicht durchgesetzt werden kann, über die EU wirksam zu machen, wie die neue Konzessionsrichtlinie, die bei Nacht und Nebel eingeführt werden sollte, eindrucksvoll dokumentiert. Statt Schuldenbremsen, die benutzt werden, um zusätzlichen finanziellen Druck zu erzeugen und durch die eine Veräußerung öffentlichen Eigentums immer häufiger notwendig wird, brauchen wir in den Ländern, Städten und Gemeinden Privatisierungsbremsen, die garantieren, dass öffentliches Eigentum im Bereich der Daseinsvorsorge, also das Verkehrs- und Transportwesen, Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, vor dem Zugriff privater, gewinnorientierter Investoren geschützt wird. "Wir schreiben Wasser und lesen Demokratie", der Leitspruch der italienischen Wasserbewegung, gibt das Mass vor. Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Zivilgesellschaft. Wir haben die Möglichkeit, uns schützend vor unser demokratisches Gemeinwesen zu stellen, das sich durch die Gewinnmaximierung multinationaler Konzerne in höchster Gefahr befindet. Diese Ermutigung möchte ich mit Ihnen teilen.